Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17. Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Berlin und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Bezugspreisliste Seite 411.

Nr. 78. — Halle, Montag, den 7. April 1919. — 3. Jahrgang.

Die größeren Verräter.

In Deutschland wird immer und immer wieder gerufen, daß Spartakus der größte Verräter am deutschen Volke sei. Es gibt aber noch größere und zwar in den Kreisen derer, die vor und während des Krieges die allergrößten Patrioten waren.

Die Gelsenkirchener Bergbauaktiengesellschaft will ihre Besitzungen auf dem linken Rheinufer an eine französisch-belgisch-luxemburgische Finanzgruppe verkaufen. Die Leute, die zu diesem Entschluß gekommen sind, gehören denselben rheinisch-westfälischen Industriemagnatenkreisen an, die während des Krieges zu jenen berüchtigten alldeutschen Wirtschaftsverbänden zählten, die in Eingaben über Eingaben die Regierung bestürmten, Longwy-Briey, die flandrische Küste und sonst noch was zu annektieren. Ohne dem konnte das liebe Vaterland nicht mehr bestehen, und jeder Verzicht darauf wurde als ehrlos, ein Friede ohne diese Landstriche als ehrloser Verzichtfrieden bezeichnet. Das waren dieselben Cliquen, die Ludendorff, wie wir heute wissen, zu seinem Hasardspiel um des Reiches Bestand und mit hunderttausend gesunder Menschenleiber trieben. Damals wurden von

jenen sauberen Burschen

all die beschimpft, die sich gegen die Annektionswut stemmten; dieselben Gemütsmenschen waren es, die Scheidemann und Ebert auf den Sandhaufen stellen wollten wegen ihres Kampfes gegen die Annektionswütigen.

Heute dagegen sind diese Elemente selbstehrlos genug, deutsches Land, deutsches Gemeineigentum des Volkes, deutsche Rohstoffquellen den Feinden in die Hände zu spielen. Pfui Teufel, über soviel Erbärmlichkeit, über soviel Verräterei am eigenen Volke in der Stunde seiner größten Not. Deutsche Kapitalisten offenbaren damit die ganze bodenlose Heuchelei ihrer sogenannten vaterländischen Gesinnung. Sie haben sie nie gehabt und haben sich ihre sektfeuchten Kehlen nur dann darum heiser geschrien, wenn ihnen die Kommis in der Bourgeoisieregierung Profite sicherten und später im Laufe des wahnwitzigen Krieges

neuen unermeßlichen Gewinn

und Ausbeutungsmöglichkeiten versprachen. Jetzt ist dieses Frevelspiel von ihnen verspielt worden und jetzt bemüht sich das frei gewordene deutsche Volk, bemüht sich die deutsche Arbeiterklasse, den Feind davon abzubringen, die deutschen Rohstoffquellen zu annektieren, wie es die deutschen Annektionisten verhinderte, französische zu rauben. Das deutsche Proletariat will den Raub an deutschem Land verhindern, weil es der Nation das Zukunftsleben nicht noch elender werden lassen will. Selbst in den Kreisen der Feinde fängt die Einsicht an zu wachsen, daß man so weit unmöglich gegen Deutschland vorgehen kann, ihm die eigentlichen Grundlagen seiner Existenz zu rauben. Aber die edlen Patrioten aus dem Kreise der Stinnes und Konsorten sieht das nicht an. Was gilt ihnen des Volkes Existenz, wenn dieses Volk den Frevel begeht,

das geheiligte Ausbeutungsrecht der Schlotbarone

durch ein simbles Menschenrecht zu ersetzen. Jetzt erst recht konspirieren sie mit dem feindlichen Kapitalismus, der ja niemals so sehr ihr Feind war, wie das arbeitende, nach Befreiung von Lohnknechtschaft ringende Volk des eigenen Stammes. Sie bieten die Grund- und Bodenschätze, das Eigentum des deutschen Volkes, dem Feinde zum Kaufe an und fragen den Teufel danach, wie Deutschland nach Ablauf der Okkupationsfrist sein neues Schicksal bauen kann. Wie unsäglich verächtlich muter angesichts solcher Dinge die Heuchelei dieser Patrioten an, wenn sie über Länderraub und Gewalttat der Erbfeinde am unglücklichen Deutschland zetern und im gleichen Atemzuge eine Verkaufsofferte deutschen Landes hinüber zu demselben Erbfeind lancieren. Armseliger Schufterle, was hilft du für ein Waisenknabe gegen diese neuzeitliche Schufterei.

Und so entwickeln sich die „Charaktere" in jenen Kreisen lustig weiter. Der famose alldeutsche Verlagsbuchhändler Lehmann in München, der jene alldeutschen Annektionsbilderbücher herausgab und noch bis kurz vor dem Zusammenbruch einem

widerlichen Heerführer- und Hohenzollernkultus

sein Unternehmen weihte, gibt jetzt ein Buch über den Irrsinn des deutschen Kaisers heraus, das er in einer Buchhändleranzeige folgendermaßen anpreist: „... Es ist dies bei Kaiser Wilhelm II. von Jugend auf bestehende und seit Jahrzehnten unter dem Bilde der angeborenen psychischen Entartung und des periodischen Irrsinns sich äußernde Geistesstörung." Es ist zu ekelhaft, um ehrlich entrüstet zu sein. Aber auch im Kleinen Karchen gleichen wir [illegible]

Kabinettstückchen. Der Deutschen Zeitung wird unter dem 29. März aus der gut deutschen Stadt Flensburg folgendes telegraphiert:

„Die Flensburger Handelskammer hatte mit einem rein wirtschaftlichen Auftrage eine Abordnung nach Kopenhagen gesandt, die von dem Flensburger Kommerzienrat Hübsch geführt wurde. In der dänischen Hauptstadt wurden die Flensburger Vertreter von allen Parteien empfangen. Dabei soll Kommerzienrat Hübsch erklärt haben, daß die Stimmung in Flensburg stark umgeschlagen sei und man damit rechnen könne, daß in Flensburg allgemein der Wunsch auf Anschluß an Dänemark bestünde."

Es liegt außerdem, wie der bekannte Politiker Herr v. Gerlach in Berliner Blättern mitteilt, eine an alle kriegführenden Mächte gerichtete Eingabe von 104 in und um Flensburg wohnenden Geschäftsleute vor, in der nicht mehr und nicht weniger gefordert wird, als die völlig deutsche Stadt Flensburg und noch südlich davon gelegenes Landgebiet an Dänemark zu schlagen.

Also, des blanken, nackten Geschäftsstandpunktes wegen wollen sie die Grenze soweit südlich wie nur irgend möglich hinausschieben. Die smarten Geschäftsleute von Flensburg wollen dänisch werden, weil der nördlich von Flensburg liegende Teil Schleswigs auch dänisch wird und sie dort ihren geschäftlichen Einfluß nicht verlieren wollen. Gleichzeitig wollen sie aber auch das völlig deutsche Gebiet im Süden der Stadt aus geschäftlichen Gründen nicht fahren lassen, und deshalb verlangen sie schamlos und frech Hinausschiebung der neuen dänischen Grenze soweit südlich wie irgend möglich. Die 104 Petenten sind fast ausnahmslos Deutsche, zum Teil

sehr bekannte deutschnationale Hurrahschreier

von ehemals, die jetzt wie die schlauen Ratten das sinkende Schiff nicht nur verlassen, sondern eine erkleckliche Anzahl gesunder Schiffsplanken in den feindlichen Hafen steuern wollen. ...

So sehen die Patrioten aus, die besten Männer des Vaterlandes, die besten Deutschen. Wir Arbeiter wurden jahrzehntelang als vaterlandslose Gesellen beschimpft, weil wir in unserem Land uns wohnlich einrichten wollten. Jetzt halten wir in der schlimmsten Not unser Land zusammen gegen die Abreißgelüste des Feindes und müssen dabei noch der

skrupellosen Sippschaft der deutschen Bourgeoisie

auf die schmutzigen Diebesfinger schlagen, die mit ihrem Geldsack auch noch deutsches Land und deutsche Städte dem Ausland zuschanzen wollen. ... Angesichts solcher für die Denkart der deutschen Kapitalisten typischen Beispiele täte die Weimarer Nationalversammlung gut, bei der großen Frage der Sozialisierung unserer Wirtschaft dem Kapital ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen, das von der Entschädigung der Kapitalisten handelt. Für solche Verräterneigungen innerhalb der Schicht der Besitzenden sollte man die ganze Schicht verantwortlich machen. Eine Härte, die sich durchaus rechtfertigen läßt mit dem unglaublichen Zynismus und der Frivolität jener Menschen, die in guten Zeiten Volk und Staat ausgeplündert haben, in Zeiten der Not aber zum

erbärmlichen Verrat

an diesem Volk und seinem Staat bereit sind.

Die Streiklage.

Aus dem Ruhrrevier liegen immer noch vielerlei sich oft widersprechende Meldungen vor, die wohl ein Bild von dem großen Umfang des Streiks, aber keinklares Bild geben.

Berlin, 5. April. Die Streiklage im Ruhrgebiet ist ziemlich unverändert. Am 3. April sollten 375 300 Bergarbeiter einfahren. Es fehlten aber 250 700 Mann. Am 4. April streikten von 236 Schachtanlagen 134. Bei der Morgenschicht sollten einfahren 212 800, es fehlten 142 200. Einzelne Werke der Metallindustrie mußten wegen Mangels an Kohlen, Gas und Elektrizität stillgelegt werden. Bei Krupp ist die Arbeiterschaft heute morgen vollständig in den unbefristeten Generalstreik getreten.

Essen (Ruhr), 5. April. In der heutigen Frühschicht waren insgesamt 144 800 Bergarbeiter ausständig gegen 142 600 gestern. Die Gesamtzahl der Ausständigen in der gestrigen Früh-, Mittag- und Nachtschicht betrug 260 200 gegen 250 700 vorgestern.

Essen, 4. April. Wolff berichtet: Der Zentralschlichtungsausschuß entnimmt andern lautenden Meldungen mit: Bis jetzt haben von den Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes 221 Zechen mit 272 000 Bergarbeitern im Generalstreik. Die ganze Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes, von dessen Stromlieferung die Licht- und Kraftstromversorgung aller umliegenden Städte des Industriegebietes [illegible] Versorgung der öffentlichen Anstalten, wie der Krankenhäuser, mit Licht und Kraft, hat die Zentralstreikleitung die entsprechend eingestellte Aufrechterhaltung des auf das allernotwendigste eingeschränkten Betriebes als Notstandsarbeit zugestanden. Die Angestellten der Essener Straßenbahn haben sich ebenfalls dem Generalstreik angeschlossen. Der ganze, weitverzweigte Betrieb ruht. Sämtliche Streikende haben sich mit den Forderungen der revolutionären Bergarbeiter solidarisch erklärt.

Die einzige Rettung.

Genosse Kummer schreibt in der Fr. Pr. in einem Artikel unter obiger Ueberschrift u. a. folgendes: Das Unternehmertum sträubt sich bewußt gegen die Sozialisierung. Indes, diese Erwägungen und der Widerstand gegen die Sozialisierung wird dem Unternehmertum nichts nützen. Die heutige Wirtschaftsform vermag die Aufgaben nicht zu lösen, die dem deutschen Volke gestellt sind. Die Sozialisierung wird kommen, muß kommen, denn ohne sie gibt's keine Rettung. Und gerade diese unsere Ueberzeugung von der Unausbleiblichkeit der Sozialisierung heißt uns gegen die gewaltsame, gegen die „sofortige" Sozialisierung wenden, weil dadurch ein verpfuschtes Experiment und nichts weiter zu erreichen ist.

Nach den Gründen für die Unausbleiblichkeit der Sozialisierung braucht nicht lange gesucht zu werden. Man vergegenwärtige sich nur unsere Finanznot. Nach den Angaben des Finanzministers haben wir fortan jährlich an Zinsen 19 Milliarden aufzubringen, wozu noch der Jahresbetrag der Kriegsentschädigung kommt, der hier nicht, wie die westfälische Presse verkündet, mit 16, sondern bloß mit 8 Milliarden eingestellt werden soll. Dies macht im Jahre 27 Milliarden neue Steuern. 385 Mk. auf den Kopf oder 1950 Mk. für die fünfköpfige Familie. Daß damit noch nicht die ganze schreckliche Größe unserer Finanznot geschildert ist, lehrt die Kenntnis des Standes unseres Wirtschaftslebens, der Ertragsniedrigkeit unseres Bodens, des traurigen Gesundheitszustandes unseres Volkes. Nun schlagen die Anhänger des kapitalistischen Systems Erhöhung der Steuern, Vermögensabgabe, starke steigende Erbschaftssteuer und ähnliches zur Abbürdung der Last vor. Man mag die Ergiebigkeit dieser Einnahmequellen so hoch wie immer annehmen, sie werden nur einen kleinen Teil der geldlichen Verpflichtungen zu decken vermögen.

Unsere krasse Not läßt sich nur durch nachhaltige Erhöhung der Warenerzeugung beheben. Diese aber hat die gründliche Umgestaltung der Wirtschaftsform zur Voraussetzung. Unsere Warenerzeugung wurde in den letzten Friedensjahren auf 40 bis 45 Milliarden M. geschätzt. Damit deckten wir recht und schlecht unsere Bedürfnisse, zahlten die Einfuhr, beglichen die Steuern. Diese Warenwertsumme ist offenbar für unsere künftigen Bedürfnisse viel zu niedrig. So wird sie auf 60, 80, 100 Milliarden erhöht werden müssen, ohne jedoch die Arbeiter länger an die Siele zu fesseln, sondern ihnen mehr Freizeit und bessern Lohn zu verbürgen.

Somit steht, auf eine einfache Formel gebracht, die Aufgabe des deutschen Volkes folgendermaßen: es hat seine Warenmenge um mehr als die Hälfte zu steigern und dabei das Arbeitsverhältnis der Erzeuger zu verbessern. Ueber die Art der Lösung dieser Aufgabe weiß die bürgerliche Seite nichts Zufriedenstellendes zu sagen. Es bleibt nur der Sozialismus als Wegzeiger aus der Not. Von ihm erwartet, abgesehen von der kleinen Schar der Nutznießer des heutigen Zustandes, das ganze Volk die Lösung, nein die ganze Welt verfolgt scharfen Auges die Sozialisierungsversuche des sozialistischen Deutschlands. Die deutsche Sozialdemokratie hat jetzt zu erfüllen, was sie versprochen. Mißlingt ihr das Werk, dann ist es um ihren Ruf, um nicht zu sagen um ihr Dasein geschehen. Grund in Fülle für sie, darauf zu bestehen, daß die Sozialisierung nicht durch überhastete, nicht durch „sofortige" Versuche im Verruf gebracht, verpfuscht wird.

Das Rätesystem.

Berlin, 5. April. Das Kabinett hat die nachstehenden Abänderungsvorschläge zu Art. 34 der Reichsverfassung angenommen: Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs-Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur [illegible] wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190407-11/fragment/page=0001

tet der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstag dem Reichswirtschaftsamt zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrats zu behandeln sind.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt.

Diesem Zusatzartikel soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden.

Bayern.

In Bayern, wo bisher schon ein Schritt zur Räterepublik getan war, brodelt es, macht sich das Drängen zum zweiten Schritt lebhaft bemerkbar. Vor allem soll der Zusammentritt des Landtages verhindert werden. Aus München selbst liegen folgende Meldungen vor:

München, 4. April. Der Zentralrat teilt mit: Laut Zeitungsnachrichten sollte am Dienstag, dem 8. April, der Landtag zusammentreten. Der Zentralrat hat sofort energische Schritte unternommen, daß die Einberufung des Landtages rückgängig gemacht wurde. Der Zusammentritt unterbleibt deshalb.

München, 5. April. In einer gestern vom Zentralrat einberufenen Versammlung im Löwenbräukeller erklärte Dr. Badler: Die Aufgabe der nächsten Tage und Stunden heiße: Beseitigung der Parteien, Einigung des gesamten Proletariats, Generalstreik, Ausrufung der Räterepublik und Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Der Vorsitzende des Zentralrates Rikisch betonte, daß das nordbayerische Proletariat den Loslösungsbestrebungen des nordbayerischen Kapitalismus einen Strich durch die Rechnung machen werde. Die Ausrufung der bayerischen Räterepublik werde in ganz Deutschland vorbildlich wirken und den Ausbruch der Weltrevolution zur Folge haben.

Zusammengehen der drei sozialistischen Parteien.

Berlin, 5. April. Die „Voss. Ztg." meldet aus München: Die Räte hielten die ganze Nacht hindurch Sitzungen ab. Sie sollen beschlossen haben, führende Persönlichkeiten des Bürgertums und der Presse zu verhaften. Auch das Kriegsministerium ist von Räetruppen besetzt. Was tatsächlich von den Räten verlangt wird, geht aus einem Referat hervor, das das Mitglied des Soldatenrates Klingelhöfer über die politische Lage hielt. Er verlangte, daß das bisherige Ministerium, das nicht aktionsfähig gewesen sei, aktionsfähig werde, und dadurch in die Lage komme, zu regieren. Die Räterepublik soll ohne jedes Blutvergießen proklamiert und ohne jede wilde Sozialisierung durchgeführt werden. Die Aufgabe der Betriebsräte und Angestelltenausschüsse sei, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsmöglichkeiten und das Vermögen des Volkes unverehrt erhalten bleiben. Die feierliche Erklärung der Räterepublik in ganz Bayern werde von einem Generalstreik begleitet werden. Der Tag der Verkündigung soll als Nationalfesttag gelten. Die mehrheitssozialistische Parti hat sich über die Frage der Räterepublik noch immer nicht ganz geeinigt. Aber unter dem starken Einfluß des Arbeitersekretärs Thomas, der zu den Unabhängigen hinneigt, hat sich heute vormittag eine Mehrheit für die Räterepublik gebildet, sodaß zu erwarten steht, daß die geplante Einheitsfront der drei sozialistischen Parteien im Laufe des heutigen Tages zustande kommt.

Die Lebensmittelhilfe.

Nach einer harten fünfmonatlichen Geduldprobe bewahrheitet sich nun doch für das deutsche Volk, daß Frieden Brot bedeutet. Freilich ein einstweilen noch recht teueres Brot, denn die Preise, die wir für die eingeführten Lebensmittel zahlen müssen, sind recht erheblich. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß diese Preise, wenn sie auch die der rationierten Lebensmittel übersteigen, ganz erheblich hinter den Schleichhandelspreisen zurückstehen. Der Speck, der uns etwa 5 Mk. das Pfund kosten wird, war im Schleichhandel längst auf 30 Mk. getrieben (und außerhalb des Schleichhandels gab es keinen); feines Weizenmehl wurde im Schleichhandel längst mit 6 Mk. und mehr das Pfund bezahlt. Immerhin könnte das Auslandsmehl billiger sein, wenn nicht ein Teil der eingeführten Ware benötigt würde, um die bisherige Brotration aufrechtzuerhalten. Da das Reichsernährungsamt den Brotpreis nicht weiter erhöhen will, so schlägt es das, was beim Brot zugesetzt werden muß, auf den Mehlpreis auf.

Im Volke wird man es mit sichtlicher Erleichterung begrüßen, daß zum ersten Male nach fünf schrecklichen Jahren es mit der Ernährung statt abwärts wieder etwas aufwärts geht. Namentlich die Bereitstellung der Fettration, die durch die neuen Zulagen geschaffen wird, kann am ehesten die bisherigen Entbehrungen lindern. War doch der furchtbare Fettmangel die Hauptursache der Unterernährung. Daß die Industriearbeiterschaft und die Bevölkerung der großen Städte vor dem platten Lande beliefert werden, wird kein billig Denkender als Ungerechtigkeit bezeichnen dürfen. Lehren doch persönliche Erfahrung wie Statistik übereinstimmend, daß die Unterernährung der städtischen Bevölkerung während der vier Kriegsjahre eine viel schlimmere gewesen ist, soweit man auf dem platten Land überhaupt von einer Unterernährung sprechen konnte.

Die Auslandshilfe würde noch viel kräftiger wirken, wenn nicht unsere eigenen Ernteaussichten so miserabel wären. Da die uns gestattete Einfuhr die normale Friedenseinfuhr an Menge und Nährwert übertrifft (wobei freilich die fehlende Futtermitteleinfuhr nicht mitgerechnet ist), so könnten wir bei normaler Ernte wieder fast wie in Frieden leben, aber leider ist an eine solche Ernte nicht zu denken.

Widerlegt ist jedenfalls die Behauptung, mit der die spartakistische Agitation arbeitete, daß Deutschland von der Entente doch keine Lebensmittel erhalten würde und daß das einzige Mittel zur Verbesserung unserer Ernährung in der Anlehnung an das bolschewistische Rußland bestände. Die Behauptung, daß die Sowjetrepublik uns Lebensmittel angeboten hätte, ist bereits als Schwindel gekennzeichnet worden. Aber selbst wenn sie es getan hätte, so wäre es sicher der diesem Angebot geblieben; daß Rußland uns wirklich Lebensmittel liefern könnte und gar solche Mengen, wie wir sie jetzt erhalten, ist völlig ausgeschlossen. Die Verbesserung der Ernährung, die sich in wenigen Tagen fühlbar machen wird, ist daher ein Erfolg der Regierungspolitik und ein Beweis, daß, solange es geht, auf diesem Wege fortgefahren werden muß.

„Herrliche Zeiten".

Welchen tiefen Eindruck die Leiden und Entbehrungen der Bevölkerung Deutschlands auf die britischen Besetzungstruppen machen, zeigt ein Schreiben, das der Manchester Guardian von einem in der britischen Rheinarmee dienenden Soldaten erhalten hat. Der Soldat berichtet: Es gibt kaum eine Militärküche in dieser Stadt — eine Stadt, in der der größte Luxus mit der tiefsten Armut zusammentrifft —, die nicht von einer Menge kleiner Kinder umlagert ist, die so ausgehungert sind, daß sie stundenlang warten, manchmal zitternd vor Kälte, bei strömendem Regen, und gierig die Abfälle oder Ueberreste aufklauben. Ich habe selten so herabgekommene, verhungerte Kerlchen gesehen, von denen einige die verschlissene Uniform ihres Vaters oder Bruders tragen, die Uniform, die noch vor wenigen Monaten das Symbol deutscher Stärke und Größe war.

Eine Verlängerung dieses Zustandes kann nur zu einer Verschlimmerung des Uebels führen. Einem Volke, selbst einem besiegten Volke, namentlich aber den Armen das Recht auf Leben zu versagen, heißt den Geist des Bolschewismus fördern. Schon wurden revolutionäre Flugblätter heimlich in unsern Quartieren verbreitet; die ersten Früchte hiervon zeigten sich jenseits der Brückenköpfe, die wir halten, und die Behörden beschäftigen sich ernstlich mit der Unterdrückung dieser Umsturzliteratur. Aber der Geist, der aus diesen Flugblättern spricht, lebt fort. Die englischen Tommys sehen gut aus, wahre Sieger. Aber welch trauriger Gegensatz zu ihnen — die Gespenster des Hungers, schreiend nach Nahrung. — Wie sagte doch Wilhelm II. vor Jahren? „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen!"

Ausweisung der Habsburger aus Österreich.

Wien. Die Nationalversammlung nahm in dritter Lesung die gestern beschlossenen Vorlagen an, darunter einstimmig das Gesetz betreffend die Landesverweisung und die Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen. Die Nationalversammlung beschloß weiter in allen Lesungen die Vorlage betreffend die Abschaffung der nicht im Völkerrechte begründeten Exterritorialität, wodurch gewisse Begünstigungen bestimmter Adelshäuser beseitigt werden, ferner das Gesetz über die Aufhebung des Adels und gewisser Titel und Würden, das im wesentlichen dem diesbezüglichen deutschen Gesetze entspricht, das Gesetz über die Abschaffung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren, wonach die Todesstrafe nur mehr im standrechtlichen Verfahren soll verhängt werden können, und schließlich das Gesetz über die Begnadigung russischer und finnischer Kriegsgefangener und Zivilinternierter.

Aufhebung der Blockade.

Genf. Nach einer Information des „Homme Libre" beabsichtigen die Regierungen der Alliierten die völlige Aufhebung der Blockade über die feindlichen Länder mit Ausnahme Ungarns. Danach würde Deutschland nunmehr in die Lage versetzt werden, mit sämtlichen Staaten der Erde in Verbindung wegen seiner Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu treten.

Aufnahme der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen.

Lugano. In italienischen Handelskreisen wird die sofortige Aufnahme des Handelsverkehrs zwischen Italien und den Mittelmächten immer dringender erhoben. Die Mailänder Handelskammer ist in diesem Sinne bei der italienischen Regierung vorstellig geworden und hat außerdem den Antrag gestellt, die Konfiskation der Vermögen der feindlichen Ausländer in Italien wieder rückgängig zu machen.

Verpachtung an ständige Waldarbeiter.

Namens der preußischen Regierung hat das Landwirtschaftsministerium die Bezirksregierungen ermächtigt, auch an seine ständigen Waldarbeiter, soweit es sich nicht um nur vorübergehend angenommene Gelegenheitsarbeiter handelt, und an regelmäßig für die Forstverwaltung arbeitende Lohnfuhrleute kleine Flächen zur landwirtschaftlichen Benutzung freihändig auf längstens 18 Jahre zu verpachten.

Verbrecherische Schiebermirtschaft in der Wollindustrie.

Eine große Gefahr erwächst der deutschen Wollindustrie infolge einer immer mehr sich ausbreitenden Entwicklung des Schleichhandels in Rohstoffen. Ungeheure Mengen von Lumpen gehen als Schleichhandelsware hinter dem Rücken der Behörde in das linksrheinische Gebiet. Dort werden diese Mengen in den Wollfabriken M.-Gladbachs usw. verarbeitet und der fertige Stoff geht zu Wucherpreisen in das übrige Deutschland zurück. Es wird von maßgebender Seite versichert, daß die Entente besetzung irgendein Verschulden hierin nicht trifft. Lediglich das Profitinteresse profithungriger Kapitalisten bestimmt deren Handeln. Gewissenlose Beamte des Staates fördern dieses Treiben; während sonst außerordentlicher Mangel an Eisenbahnwaggons zu verzeichnen ist und der Transport von Lebensmitteln und Kohlen hierunter leidet, sollen für Zwecke des Schleichhandels nach den Versicherungen höchst glaubwürdiger Personen ganze Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt worden sein. Die Mitwirkung sehr hoher Eisenbahnbeamter ist dabei sehr wahrscheinlich.

Die Schieberfabrikanten in Forst drohen mit gewaltsamer Entfernung der staatlichen Revisoren. Sie bedienen sich dabei der Arbeiter. Sie suggerieren den Arbeitern, daß es im Interesse dieser Arbeiter liege, die Schiebereien im großen Umfange durchzuführen, da andernfalls Beschäftigung nicht vorhanden sei.

Diese Darstellung widerstreitet der Wahrheit. Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen haben kein Interesse an der zunehmenden Entwicklung des Schleichhandels und der Schieberproduktion. Sie führt zur unrationellen Bewirtschaftung und zu schnellem Verbrauch der vorhandenen Rohstoffmengen. Sie bedroht die Arbeiterschaft in kürzester Zeit mit vollständiger Arbeitslosigkeit. Solange Rohstoffe nicht eingeführt werden — und das wird noch lange der Fall sein — liegt eine geregelte Zwangswirtschaft im Interesse der Arbeiter.

Wir unterbreiten diese Tatsache der Oeffentlichkeit, rufen das öffentliche Gewissen auf zur Stellungnahme und erwarten von den Arbeitern den entschiedensten Kampf gegen die profitsüchtigen Unternehmer.

Kurze Notizen.

Generalstreik in Italien? Auch in Italien soll für den 1. Mai von der sozialistischen Partei ein Generalstreik geplant sein. Die Forderungen sind Abschaffung der Monarchie, gleiches Wahlrecht und weitgehende sozialistische Reformen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. April 1919.

Die Demokratie in der Stadtverordnetenversammlung.

Wie nicht anders zu erwarten und wie überall haben sich auch in Halle die Stadtverordnetenwahlen nach der politischen Schablone vollzogen und auch das Präsidium und die wichtigsten Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung werden nach dem üblichen parlamentarisch-demokratischen Brauch besetzt.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen einigten sich auf folgende allgemeine Grundsätze: 1. Der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung wird entsprechend der Stärke der Fraktionen gebildet. 2. Den Vorsteher stellt die stärkste Fraktion (Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion 28 Mitglieder), den Vorsteher-Stellvertreter die zweitstärkste Fraktion (Deutsch-Demokraten 21 Mitglieder), den Schriftführer die nächststärkste Fraktion: (Deutschnationale 8 Mitglieder) und den Schriftführer-Stellvertreter die nächststärkste Fraktion (Rechts sozialisten 6 Mitglieder). 3. Die Deputationen und Ausschüsse werden ebenfalls der Stärke der Fraktionen entsprechend zusammengesetzt. 4. Auf Stellung des Vorsitzenden in einzelnen Ausschüssen hat jede Fraktion Anspruch gemäß der Größe des Ausschusses und der Fraktion. Im größten Ausschusse (Haushaltausschuß) steht der Vorsitz der größten Fraktion (Unabh. Sozialdemokraten) zu. — Vereinbarungen und Ausgleiche über die zweckmäßige Besetzung der Ausschüsse und der Vorsitzenden haben durch den Wahlausschuß für die Kommissionen zu erfolgen, der aus den Vorständen der Fraktionen zu bilden ist.

In einer „unverbindlichen Aussprache" von Vertretern aller Fraktionen wurde von den bürgerlichen Parteien zunächst zwar auch die Zweckmäßigkeit dieser Grundsätze anerkannt, aber bezweifelt, ob es die Unabhängigen auch überall mit ihrer Durchführung ehrlich meinen. Es sei doch bekannt geworden, daß die Unabhängigen dort, wo sie die Mehrheit und damit die Macht haben, auf die demokratischen Regeln auch nichts geben und alle Posten mit ihren Leuten besetzen, wie z. B. in Eilenburg. Es sei deshalb nötig, daß die Unabhängigen eine Erklärung abgeben, daß sie wenigstens in Halle immer die demokratischen Grundsätze hochhalten wollen. Die Vertreter der Unabhängigen erklärten, daß sie nicht dafür könnten, wenn anderweit anders verfahren worden sei. Sie hielten die vorgelegten Grundsätze für richtig. Daraufhin einigte man sich dahin, den Vorstand entsprechend den Grundsätzen zu besetzen. Auch die nötigen Personen wurden in Vorschlag gebracht. Hinsichtlich des Vorsitzenden des Haushaltausschusses wurde von den Regeln eine Ausnahme dahin vereinbart, daß dieser von den bürgerlichen Parteien in der Person des seitherigen Vorsitzenden gestellt werde, da dieses Amt besondere Uebung erfordere. Es wurde dann noch die „Kommission der Kommissionen" bestimmt, deren Zweck ist, die Besetzung der zahlreichen Ausschüsse und Kommissionen vorzubereiten und die nötigen Vorschläge an die Vollversammlung zu machen. Die „Kommission der Kommissionen" soll hiernach aus dem Gesamtvorstand der Stadtverordnetenversammlung und den einzelnen Fraktionsvorsitzenden, also aus acht Personen bestehen. Als Vorsitzende der einzelnen sonstigen Ausschüsse sollen je nach ihrer Eignung Angehörige aller Fraktionen in Frage kommen. Schließlich sprach man sich noch dahin aus, daß auch die Debatten in der Stadtverordnetenversammlung mehr parlamentarisch gehandhabt werden, also die Redner zu den einzelnen Fragen von den Fraktionen bestimmt werden und sich nicht so sehr „zufällig" zu Worte melden.

Die Gleichheit geraubt.

So schreibt das Volksblatt am Sonnabend in einem Artikel, in dem sie die neue unabhängige Frauenzeitung, die Kämpferin, anpreist. Natürlich ist dies eine bewußte Unwahrheit. Denn die Gleichheit, die niemals der unabhängigen Partei gehört hat, hat ihnen auch nicht geraubt werden können.

Aber sonst scheint dem Volksblatt, das vorgibt, für Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zu kämpfen, die Gleichheit abhanden gekommen zu sein. Denn bei der Bewilligung von Kriegszulagen an das Personal des Volksblattes ist von Gleichheit nichts zu spüren. Alle die Angestellten, die nicht unabhängig sind, werden ausgeschlossen. Morgen lesen wir vielleicht im Volksblatt, daß die Mehrheitssozialisten auch diese Gleichheit geraubt haben.

Straßenbahner-Maßregelungen.

Anläßlich des letzten Generalstreiks hat der Magistrat die beiden Straßenbahner John und Rauschenbach entlassen. Der Schlichtungs-Ausschuß beschäftigte sich mit der Sache, kam zu der Feststellung, daß Maßregelungen vorliegen und verlangte die Wiedereinstellung der Entlassenen. Der Schiedsspruch hat folgenden Wortlaut: 1. Grund zur Verringerung der Arbeiterzahl im Sinne des § 5 liegt nicht vor. 2. Auch wenn Grund vorlange, so wäre bei Auswahl der zu entlassenden Arbeiter der § 7 der Verordnung nicht genügend beachtet. 3. Ein Verstoß der beiden Straßenbahner John und Rauschenbach gegen ihre Pflichten aus dem Arbeitsvertrage ist nach den Aussagen der vernommenen Zeugen nicht festzustellen. 4. Die beiden Kündigungen sind demgemäß als eine Maßregelung anläßlich des Streiks zu beurteilen. 5. Im Interesse des wirtschaftlichen Friedens und zugleich im Hinblick auf die Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der Reichsregierung in einer zur Beilegung des Generalstreiks ist eine Maßregelung zu vermeiden. Daher werden die beiden Kündigungen für unwirksam erklärt. 6. Dem Magistrat wird zur Erklärung über die Unterwerfung unter den Schiedsspruch eine Frist bis Mittwoch, den 26. März 1919, mittags 12 Uhr gesetzt. — Die Straßenbahnangestellten und auch der Magistrat haben den Schiedsspruch anerkannt.

Weiter kam der Schlichtungs-Ausschuß in Sachen des Kaufmanns Walter Gräfe in Halle gegen Mitteldeutsche Plastovarenfabrik E. Weddy in Halle wegen Arbeitsstreitigkeiten zu folgendem Schiedsspruch: Die Firma ist nicht verpflichtet, den Antragsteller wieder einzustellen. Die Parteien haben sich dem Schiedsspruche unterworfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190407-11/fragment/page=0002

„Neue Tumulte am Sonntag?"

Unter dieser Ueberschrift glaubte die Hallesche Zeitung wieder einmal in die Alarmtrompete stoßen zu müssen. Sie hörte ja stets das Gras wachsen und hat also sichere Informationen, daß am Sonntag sich „etwas tun" wird! Bis uns kleinste wurde da enthüllt, was die „Spartakuden" wieder vorhaben: Gesängnisstürm und Demonstrationen werden annonziert, „ortsfremde Elemente" (soll heißen: Russische Bolschewikiagenten) gemeldet! Der Erfolg? Jeder zweite tuschelt dem dritten das aus der Luft gegriffene Märchen ins Ohr: „Haben Sie schon gehört? . . ." Die Schaufenster werden ausgeräumt, überall ängstlich Besorgte und erwartungsvoll Neugierige auf den Straßen. Die Polizei und das Truppenkommando sind scharf gemacht (Zweck der Uebung!) und in Bereitschaft, es ist wieder einmal wirksam demonstriert für den Segen des Belagerungszustandes und ähnliche Scherze. „Leider" war es ein Reinfall! Man stürzte sich morgens auf das Stänkerblättchen mit dem blinden Alarm und siehe da: keine Zeile! Und das beruhigt! Denn hätte nur irgendwo ein „Spartakuden"bahn gekracht, so wäre doch eine Staatsaktion daraus gemacht worden. Aber man muß dies heyerische Treiben in diesen wahrlich an und für sich nicht gerade ruhigen Zeiten an den Pranger stellen, und das sei hiedurch geschehen.

Hochschulkurse für Beamte

werden geplant. Man schreibt uns dazu:

Eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit ist die Schaffung eines Beamtenstandes, der den völlig geänderten Verhältnissen im Reich, Staat und Gemeinden gerecht zu werden imstande ist. Denn an die Beamten werden jetzt Anforderungen herantreten, von deren sachgemäßer und zweckentsprechender Erfüllung zu einem großen Teile der Neubau unseres Vaterlandes abhängt. Daß hierfür die bisherigen Ausbildungsmittel unzureichend sind, ist übereinstimmend von den Fachkreisen und der Fachpresse anerkannt worden. Einzelne örtliche Beamtenvereine haben deshalb die Fürsorge für die Fortbildung der Beamtenschaft in ihren Arbeitsplan aufgenommen und Fortbildungskurse für ihre Mitglieder eingeführt.

Die Berliner Beamtenvereinigung hat eine Verwaltungsakademie (Studienanstalt für Verwaltungsbeamte) gegründet. In Aussicht genommen sind Lehrgänge über Neuordnung der Verwaltung, über Finanzwesen, Beamtenrecht usw. Der Präsident des Reichsministeriums und der Finanzminister haben die Einrichtung gutgeheißen. Die Behörden haben Zuschüsse zugesagt. Auch in Halle sollen besondere Hochschulkurse für Beamte abgehalten werden, die auch den zahlreichen Kriegsbeschädigten dienen können.

Beamte, die an den geplanten Kursen teilnehmen wollen, werden gebeten, sich schriftlich anzumelden bei dem Eisenbahnsekretär Otto Schaal, Wörmlitzer Straße 107. Das weitere wird im Benehmen mit den hiesigen Beamtenorganisationen veranlaßt werden.

---

* **Eine köstliche Logik** entwickelte in der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells der Vertreter der Handlungsgehilfen Jilgenstein. Dieser Mann gehört überhaupt zu den besonders streitbaren und eifrigen Kämpen gegen die †††„Rechtssozialisten". Das Gewerkschaftskartell ist ein politischer Verein, so meinte er. Also das, was bisher jahrzehntelang von den Vertretern des Kartells, auch den jetzigen „unabhängigen", auf das energischste bestritten wurde, das wird hier als eine der größten Selbstverständlichkeiten hingestellt. Es ist aber auch nur natürlich, daß in den Augen dieses Mannes das Kartell ein unabhängiger Verein ist. Und das wird wie folgt begründet: Das Kartell habe einmal beschlossen, daß die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften im Kartell politisch organisiert sein müssen. Da jetzt die „maßgebende" politische Organisation in Halle die U.S.P. ist, müssen alle Vertreter bei dieser organisiert sein. Wem diese „Konsequenz" nicht einleuchtet, der zahlt einen Taler. Fertig.

Es ist allermindestens fünfzehn Jahre her, daß sich einmal das Kartell mit der Frage beschäftigt hat, ob und wie die Vertreter politisch organisiert sein müssen. Ein etwaiger Mehrheitsbeschluß wurde aber auch seinerzeit darüber nicht gefaßt. Jedenfalls ist in keinem Bericht des Kartells auch nur ein Wort darüber zu finden. Soweit sich die „ältesten Leute" besinnen, wurde dazumal als Ergebnis der Aussprache nur angenommen, daß die Vertreter bei der alten sozialdemokratischen Partei die Mitgliedschaft besitzen müssen. Inzwischen ist auch das Regulativ des Kartells geändert worden, ohne daß jener Gedanke auch nur mit einem Wort Ausdruck gefunden hat.

Was aber schon seinerzeit richtig erschienen ist, als die Gewerkschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen ging, paßt unmöglich auf unsere heutigen Verhältnisse. Die Gewerkschaftsbewegung muß streben, um in ihren Kämpfen erfolgreich zu sein, alle Lohnarbeiter in sich aufzunehmen, gleichviel welches politische Glaubensbekenntnis sie haben. Ganz besonders ist aber hervorzuheben, daß zu jener Zeit die sozialdemokratische Arbeiterschaft noch nicht gespalten war in zwei Parteien. Heute muß allermindestens diesen beiden in der freien Gewerkschaftsbewegung das Heimatsrecht zugebilligt werden. Sollte man schon den Gedankengängen des Herrn Jilgenstein folgen und nur eine der sozialdemokratischen Parteien anerkennen wollen, so könnte das nur die alte sozialdemokratische Partei sein, denn auf diese bezog sich nur der frühere angeführte Beschluß.

* **Das Schwurgericht** verhandelte in seiner fünften Sitzung gegen den Arbeiter Wiegandt und die Arbeiterin Czaika wegen schweren Landfriedensbruches, da beide allerhand aus den Plünderungsnächten mit nach Hause gebracht hatten. Der erstere im Betrage von nur 30 000 Mark. Ihm wurden mildernde Umstände versagt, der Czaika jedoch nicht. Er wurde zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, sie zu 2½ Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

* **An die Mitglieder und Freunde unserer Partei.** Ueber die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für den Arbeiterstand wird am Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr der Stadtarzt Prof. v. Drigalski einen Vortrag im Volkspark halten, während zu gleicher Zeit Städtischer Arzt Dr. Peters in der Aula des Reform-Real-Gymnasiums (Friesenstr.) sprechen wird. Die von den Rednern zu behandelnde Frage hat für die Gesundheit des Arbeiterstandes und für seine ganze Zukunft eine ganz andere Bedeutung als früher gewonnen. Es ist unbedingt nötig, daß jeder Arbeiter sich darüber klar wird, welche Folgen eine Vernachlässigung dieser Krankheiten nicht nur für ihn und die Seinen, sondern für den ganzen Stand nach sich ziehen kann. Beide Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr. Jungen Männern wie Familienvätern wird der Besuch dringend ans Herz gelegt. — Zutritt frei, nur für männliche Personen vom 16. Lebensjahr ab. Der Vorstand.

* **Alle zurückkehrenden oder zurückgekehrten Kriegsgefangenen,** die kriegsbeschädigt sind, werden auf die Einrichtungen der Kriegsbeschädigten-Fürsorge, deren Geschäftsstelle, Neue Promenade 3, täglich vormittags von 8—12 Uhr geöffnet ist, hingewiesen.

* **Die Gasspertzeit von morgens 9 Uhr bis abends 5 Uhr** gilt auch für die Abnehmer des Gaswerkes Giebichenstein in Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz.

* **Die Fahrgeldeinnahme der Städtischen Straßenbahn im Monat März betrug 313 221.94 Mk.**

* **Stadtkrankenhaus.** Auf mehrfache Anfragen sei mitgeteilt, daß auch Einzelzimmer zum doppelten Tagessatz, also bis auf weiteres für 8 Mark täglich vergeben werden können, soweit Platz vorhanden ist. Eine Benachteiligung Aufnahmebedürftiger durch Bereitstellung solcher Einzelzimmer darf nicht stattfinden. Anfragen an Städt. Krankenhaus, Fernruf 5617, oder Magistrat, Gesundheitsamt.

Stadttheater. Heute, Montag, abend 7 Uhr gelangt die Oper „Carmen" zur Aufführung. Dienstag „Gewitter", Mittwoch „Aida", Donnerstag „Der Barbier von Sevilla", Freitag erste Wiederholung von „Illesbill", das Märlein von dem Fischer und seiner Frau. Sonnabend abend 8 Uhr „Sinfonie-Konzert" des Stadttheaters unter Leitung von Professor Alfred Rahlwes, Solist Leonid Kreutzer. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Flachsmann als Erzieher". Sonntag abend zum ersten Male in neuer Einstudierung „Das Glöckchen des Eremiten".

* **Ein heiterer Kammerkunstabend** mit Musik, Gesang, Tanz und Rezitationen ist der Schubert-Abend am Dinstag, 8. April, abends ½8 Uhr in den Thaliasälen. Karten sind noch bei A. Hothan und an der Abendkasse erhältlich.

Aus der Provinz.

Delitzsch. Speisemöhren-Verkauf. Am Dienstag, den 8. d. M., nachmittags von 2 Uhr ab gelangen zum letzten Male rote Speisemöhren, der Zentner zu 12 Mark, zur Ausgabe. Lösescheine sind in der Stadthauptkasse gegen Bezahlung der gewünschten Menge in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr entgegen zu nehmen.

Delitzsch. Kartoffel-Versorgung. Im Interesse der Kartoffelversorgung können ausnahmsweise von Montag, den 7. d. M. ab auf die Abschnitte Nr. 15, 16, 17, 18, 19 und 20 der Kartoffelkarten die Kartoffel-Wochenmengen zum jetzigen Preise auf einmal in den Verkaufsstellen entnommen werden. Wir empfehlen unserer Einwohnerschaft, von diesem Angebote weitgehendsten Gebrauch zu machen.

Magdeburg. Als Nachfolger des Polizeipräsidenten von Alten präsentiert die hiesige sozialdemokratische Partei den Gewerkschaftssekretär Krüger.

Parteinachrichten.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf Dienstag, den 10. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr nach Weimar ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Berichterstatter Otto Wels.
   b) Kasse. Berichterstatter F. Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter Brühne.
3. Bericht der Organisationskommission.
4. Bericht der Kommission zur Beratung der Preßangelegenheiten.
5. Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung. Berichterstatter P. Löbe.
6. Die Aufgaben der Partei in der Republik. Berichterstatter Ph. Scheidemann.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 17. Mai im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen. Den Anträgen beigegebene Begründungen können nicht veröffentlicht werden.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugestellt werden können.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten außerdem beim Lokalkomitee melden. Adresse: Julius Palm, Weimar, Bertuchstraße 2a.

Die Mandatsformulare werden rechtzeitig von uns verschickt.

Berlin, 3. April 1919. Der Parteivorstand.

Letzte Nachrichten.

Die Räterepublik in Bayern ausgerufen.

München, 7. April. (Sonderdepesche.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich:

Telegramm an sämtliche Arbeiterräte.

Das werktätige Volk Bayerns hat seine Parteiungen überwunden und sich zu einem mächtigen Einheitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusammengeschlossen. Es übernimmt in den A.-, S.- und B.-Räten die ganze öffentliche Gewalt.

Der Landtag wird aufgelöst. An die Stelle der Minister treten die Beauftragten und Kommissare des Volkes. In den öffentlichen Angelegenheiten herrscht vollkommene Ordnung. Die Wirtschaft und die Verwaltung werden fortgeführt. Alle Angestellten- und Beamtenverbände des Landes haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt und gewährleisten gemeinsam den Schutz und den Fortgang der Produktion.

Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Leitung verwaltet. Alles gehört der Gemeinschaft, darum ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen.

Die A.-, S.- und B.-Räte haben die Pflicht, überall für den Schutz der Räterepublik und für ruhige Entwicklung zu werben. Sie übernehmen die örtliche Gewalt und kontrollieren die Verwaltung. Sie sind dem werktätigen Volk für alle Handlungen und Unterlassungen verantwortlich.

Montag, den 7. April, ist Nationalfeiertag. Die Arbeit ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, die Nahrungs-, Wasser-, Licht- und Heizbetriebe versorgen das Volk weiter.

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns.
J.A.: Niekisch.

Lebensmittel-Kalender.

65 Gramm Butter. In der Woche vom 7. bis 13. April werden auf den Abschnitt 15 der Fettkarte für jede Person 45 Gr. Auslandsbutter zum Preise von 64 Pf. abgegeben. Der Verkauf erfolgt vom Donnerstag, den 10., bis Sonnabend, den 12. April. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt, am Montag, den 14. April, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Dienstag, den 8. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 56 501—60 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 60 001—63 500 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gr. zum Preise von 20 Pfennigen abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Morgentrank. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Morgentrank wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 8. April. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 90 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Morgentrank einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf hat unter Abtrennung der Marke 295 des Warenbezugsscheines 20 zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talamtschule am Dienstag, den 8. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—37 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 37 001—74 000 nachm. von 2—6 Uhr, sofern sie noch im Besitz des Abschnittes L der besonderen Bezugsscheine für Kinder, Jugendliche und alte Leute sind. Auf jeden Abschnitt L kann ½-Pfund-Paket Gerstenmehl zum Preise von 38 Pf. abgegeben werden. Es wird darauf hingewiesen, daß der Abschnitt L der besonderen Warenbezugsscheine für Kinder, Jugendliche und alte Leute mit dem oben genannten Tage seine Gültigkeit verliert. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) ist bereit zu halten.

Der städtische Verkauf von Kartoffelsirup in Dosen, die Dose für 60 Pfennige, und von ungarischem Bienenhonig zum Preise von 15 Mark das Pfund wird in der Talamtschule fortgesetzt.

Bekanntmachung.

Die Anordnung vom 10. September 1918 betreffend Erzeugerhöchstpreise für Eier wird anläßlich des Fortfalls der öffentlichen Bewirtschaftung der Eier hiermit aufgehoben. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Magdeburg, den 1. April 1919.

Provinzialeierstelle, Verwaltungsabteilung.

Vorstehende Anordnung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Halle, den 5. April 1919. Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Fleischausgabe. Die Fleischmenge für die Woche vom 7. bis 13. April beträgt: 150 Gramm Fleisch mit Knochen oder Wurst, 120 Gramm Fleisch ohne Knochen oder Gehaktes. Auf Kinderkarte die Hälfte. Es haben nur Fleischmarken (gelbe Farbe Nr. 4) für die Woche vom 7. bis 13. April Gültigkeit.

4. Butterwoche. Von Montag früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 4. Buttermarke Verkauf von Butter statt. Auf jede Marke werden 40 Gramm zu 38 Pf. verabfolgt. Abkleserungstag der Marken am Dienstag, den 15. April 1919.

Rohfleischverkauf. Rohfleischmarke 7. Von heute, Montag, nachmittag 2—4 Uhr die Nummern 4201—4700, 4—6 Uhr die Nummern 4701—5200. Auf jede Marke werden 150 Gramm Gehaktes oder Wurst zu 50 Pf. verabfolgt. Ein Verkauf ohne Marken findet nicht statt. Abgezähltes Geld! Rohfleischlächter Bauer.

Verkauf von Büchsenmilch. An Stelle der für den Monat April weggefallenen Vollmilch für Personen über 70 Jahre kommen an die Inhaber der „braunen Milchkarten" von Dienstag früh ab je 3 Dosen kondensierte Milch bei Hoffad, Jüdenstraße, zum Verkauf. Der Preis stellt sich auf 2.65 Mk pro Dose. Die Büchsen können einzelnen oder im ganzen gekauft werden, unter Vorlegung der Milchkarte.

Büchsenmilchabgabe an Kinder im 5. und 6. Lebensjahre. Wir beabsichtigen, Kindern im 5. und 6. Lebensjahre Büchsenmilch abzugeben. Die Bezugsscheine hierfür können am Dienstag, den 8. d. Mts., in der Zeit von 8—3 Uhr im Fettbureau — Marienstraße 12 — von den Bezugsscheinberechtigten empfangen werden. Als Ausweis ist die Kartoffelkarte vorzulegen. Die Verkaufsorte und Verkaufsstellen werden noch besonders bekanntgegeben.

Quarkverkauf. Von Montag früh 8 Uhr ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der 12. Margarinemarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 44 Pf. abgegeben. Konsum, Schillerstraße, 21 025 bis 21 500; Hoake, Tagw. Str., 21 575—21 025. Die Abholung hat bis zum 8. April mittags 12 Uhr zu erfolgen.

Käseverkauf. Von Montag früh ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der 13. Marke der Margarinekarte Verkauf von Käse statt. Auf jede Marke werden 55 Gramm zum Preise von 38 Pf. verabfolgt. Rudolph, Lutherstraße, Nr. 1—1780, Jahr, Langendorfer Str. 27, Nr. 1751—3500; Köhler, Zeitzer Str. 1, Nr. 3501—5250; Böhme, Marienstraße, Nr. 5251—7000; Eichner, Leipziger Str. 62, Nr. 7001—8750; Poßeld, An den Stufen 3, Nr. 8751—10 500; Müller, Beudisstr. 45, Nr. 10 501 bis 12 250; Albrecht, Lutherstr. 8, Nr. 12 251—14 000; Gaudig, Bergstraße 6, Nr. 14 001—15 750; Berndt, Nikolaistraße, Nr. 15 751 bis 17 500; Grosche, Georgenbergstr. 3, Nr. 17 501—19 250; Würfel, Bergstr. 1, Nr. 19 251—21 000; Hoffack, Jüdenstraße, 21 001—22 750; Fleischhauer, Gutenbergstr. 5, Nr. 22 751—24 500; Christ, Feldstraße 3, Nr. 24 501—26 250; Konsumverein, Schillerstr., Nr. 26 251 bis 28 000; Göpfarth, Wielandstr. 21, Nr. 28 001—29 750; Stephan, Gr. Deichstraße, Nr. 29 751—31 500; Hollstein, Leipziger Str. 6, Nr. 31 501—33 250; Fischer, M., Jüdenstr., Nr. 33 251 bis Schluß. Der Verkauf findet bis 10. d. Mts. abends 6 Uhr statt. Gefäße sind mitzubringen. Die Marken sind unter Angabe des Bestandes am 11. d. Mts. im Fleischbureau — Klosterstr. 8 — abzugeben.

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten erfolgt am Mittwoch, den 9. und Donnerstag, den 10. d. Mts., von 8—1 Uhr wie folgt: Mittwoch, den 9. April. Fettbureau: Schader, Werner jun., O. Seidel, Ente, Wagner. Stadthaus: O. Bach, Thal, K. Heim, Jacobi, K. Seidel. Oberrealschule: P. Heim, Hartmann, Fr. Würfel, Schieck. Neustadtwache: Keck, Hecht, Pennert, M. Schmidt. Donnerstag, den 10. April. Fettbureau: K. Bach, Kathe, Zweig, Irmisch, Nährich. Stadthaus: O. Seidel, Hesse, K. Schmidt, Bergmann, Kurze. Oberrealschule: Dose, Trommer, Huth, Schirmer, Conrad Rauhardt. Neustadtwache: Vogler, Schrecker, Petri, P. Würfel, K. Werner jun. Als Ausweis ist der Brotschein und die Fleischerkundennummer vorzuzeigen. Aus Hausschlachtungen versorgte Familien (Selbst- und Teilselbstversorger) müssen ihre Fleischkarten in den obengenannten Ausgabestellen voll in Empfang nehmen und dieselben unter Vorlegung des Schlachtungsanrechnungsscheines im Fleischbureau — Klosterstraße 8 — abgeben. Montags findet eine Abgabe der Fleischkarten nicht statt.

Weißenfels, den 7. April 1919. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190407-11/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7.10 Uhr:
„Der Rastelbinder.“
Operette von Franz Lehar.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Stadt-Theater
Dienstag, den 8. April 1919,
Abends 7. Ende 9 Uhr:
Gewitter
Schausp. v. Alexander Zinn
Mittwoch:
Aida.

Leipzigerstr. 88. Fernruf 1224.

U.T

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.

Die aus „Carmen“ rühmlichst bekannte
Pola Negri
bietet eine neue, unübertreffliche Glanzleistung in dem spannenden Sittenroman in 4 Akten.
„Das Karussell des Lebens“
Sensationelle Schilderungen aus den Kreisen der Lebewelt.
Vorführ.: 4.40 6.40 9.00.

Mädel fein, Mädel klein
Humorvolles Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle
Anna Müller-Lincke.
Vorführ.: 4.00 6.10 8.20.

Sanssouci
Herrliche Naturaufnahme.

Eine Nacht in der Stahlkammer
Spannendes Detektiv-Abenteuer in 4 Abteil.
Hauptrollen
Heinrich Peer, Harry Liedtke.
Vorführ.: 5.00 7.10 9.30.

Maria Fein
in dem ulkigen Lustspiel in 3 Akten
„Ehestifter“
Vorführ. 4.10 6.20 8.20.

Messter-Woche Nr. 12.

Beginn: 4.00 Uhr. Einlass 3.30 Uhr.
Die Abendvorstellungen beginnen 8.10 Uhr.

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung einer **Freiwilligen-Batterie** können sich alle felddienstfähigen, moralisch einwandfreien Männer, die **gediente Artilleristen** sind, unter Vorzeigung ihrer Militärpapiere als

Freiwillige

melden. In Betracht kommen Jahrgang 1900 und ältere Jahrgänge, in **erster Linie** ehemalige **75er**, Bedienungsleute und Fahrer. Entlassungsanzug und Mantel ist möglichst mitzubringen, wird gegen Abschätzungswert angekauft.

Die Freiwilligen-Batterie soll einen Teil des Stammes der zu gründenden

Reichswehr

bilden und die Ueberlieferung des ruhmreichen Mansfelder Feldartillerie-Regiments Nr. 75 fortpflanzen. Wer also treu an seinem alten Regiment hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland geblutet hat, der melde sich in erster Linie.

Vorläufig gelten dieselben Bestimmungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Die **Verpflichtung** aller Eintretenden hat auf

6 Monate und jede Verwendung (Grenz- und Heimatschutz)

zu erfolgen.

Nähere Auskunft erteilt das Geschäftszimmer der Freiwilligen-Batterie in der Kaserne der 3. Batterie Feldart.-Rgts. 75, Zimmer 12.

Halle a S., den 1. April 1919.

I. A. d. R.-K.:
Winke, Major.

2793

Apollo-Theater
7½,1 Letzte Aufführung! 7½,1
„Das Farmermädchen“
Operette in 3 Akten von Georg Jarno.
Jefferson . . . . . Dir. Max Walden
Dienstag, 8. April, Erstaufführung 2890
von **Jean Gilberts neuester Operette:**
„Der ersten Liebe gold'ne Zeit“
Vorverkauf 9—1 u. 5—½7 Uhr. Sonntags ununterbrochen.

Freiwillige!

Gediente und Ungediente
Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aller Waffen auch der Spezialwaffen und Marine
stellt ein das
Garde-Kavallerie-Schützen-Korps.

Zum Korps gehören die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die Division von Lettow-Vorbeck (Führer der berühmten Afrika-Kämpfer), das Freikorps Lüttwitz und die Brigade Reinhardt.

Mobile Löhnung, täglich 5 Mk. Zulage, reichliche Verpflegung, Fahnenjunkerstellen, alle 3 Monate 14 Tage Urlaub. Schüler erhalten Berücksichtigungen wie im Kriege (Notabitur, Versetzung in die höhere Klasse).

Bedingungen.

Gediente: Entlassungsschein und Militärpaß, bezw. wenn ein Papier verloren ging ein Ausweis einer Behörde.

Ungediente: Gesund und kräftig, mindestens 1,65 m groß. Beizulegen ist: Geburtsschein oder Invalidenkarte, polizeiliches Führungszeugnis, von Minderjährigen außerdem Erlaubnisschein der Eltern von der Polizei beglaubigt.

Meldung im Werbeamt
Magdeburg, Katierstraße 77.

Auswärtige erhalten einen Ausweis zugesandt, der die Bedingungen enthält und zum Kauf einer Militärfahrkarte berechtigt.

Beachten Sie

unsere Telephon-Nummern:

5407 Redaktion u. Expedition.

6802 nur Geschäftsleitung.

„Volksstimme“.

Futterrüben
gesunde Ware, in Ladungen, Fuhren und einzelnen Zentnern hat abzugeben 2888
Hermann Bernstein,
Halle-Trotha. Telefon 1978.

In **Merseburg**
nimmt Bestellungen auf die
„Volksstimme“
Genosse **Karl Beine,** Annenstr. 2.
entgegen.

In **Weissenfels**
Frau **Bach,** Leopold-Kellstrasse.

In **Naumburg**
Genosse **Ulrich,** Steinweg 18.

Impfe täglich
8—9 und 3—4 Uhr
Dr. Noethe,
Bernburgerstrasse 7.
2886

Alte Fahrrad-Decken und Schläuche,
auch brauchbare kauft
zu hohen Preisen
Bieder,
Gr. Steinstraße 35,
Gummiladen. 7654

Kommode und ll. Spiegel
zu verk. Huttenstr. 5 I. r.

Radfahrer!
Ventil-Gummi, Gummi-Lösung
in prima Pars. 2780
H. Bieder,
nur Gr. Steinstrasse 35,
Gummiladen.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags **10** Uhr.

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstraße 41.
2821

Kurt Litzenberg, Metallwarenfabrik.
Verkaufsstelle: Grosse Steinstrasse 11.
Vorteilhafteste Bezugsquelle aller Artikel für Gas u. Elektrisch Neuanlagen, Reparaturen sachgemäss und billig. :: Tel. 4025.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Billigste Bezugsquelle für Modistinnen

Strauß-Federn, Reiher Paradiesreiher
verkaufe ich
staunend billig.
Die grosse
Hut-Woche
hat begonnen, ich offeriere zu sehr ermässigten Preisen:
Kinderhüte in mod. Farb v. 4.90 an
Tagal-Hüte, grosse und kleine von 15.00 an
Tagal-Picko . . . . . von 18.00 an
Ferner ein grosser Posten Hutblumen und Fantasies.
Umarbeitungen von Hüten
werden in 8 Tagen preiswert ausgeführt.
Straussfedern-Vertrieb E. Richter,
Halle S., Leipzigerstr. 18, Laden.
Verkauf an Private.
Presshüte werden angenommen.

Stellen finden.

Tüchtige Beschlagschmiede gesucht!
Einstellung als Zivilarbeiter. Freie Unterbringung und Verpflegung.
2794 **Wirtschaftskompagnie des Mansfelder Feldart.-Regts. Nr. 75.**

Ordentliche
Zeitungsträgerinnen
bei höchstem Lohn
gesucht.
Verlag der „Volksstimme“
Große Ulrichstraße 27.

Stroh- und Filzhutfabrik
Franz Zenk,
Kleiner Berlin 2. Ecke Sternstrasse.
— Fernsprecher 3428. —

Sommer 1919.

Ich bitte höflichst zu beachten, dass ich in meinen Filialen!
Leipzigerstr. (Ecke Poststrasse)
Fernsprecher 4330
und
Merseburgerstr. 161
modern garnierte Hüte
in neuesten Formen und Farben zu billigsten Preisen führe. Da die Modellhutausstellung in obigen beiden Filialen bereits eröffnet ist, bitte ich um besonders genaue Beachtung dieser Schaufenster. Besichtigung des reichhaltigen Lagers ohne Kaufzwang ist gern gestattet. Hüte werden chic und modern garniert.
Reichhaltiges Lager in Reihern, Straussfedern, Blumen und Fantasie.
Kinderhüte, Trauerhüte, Linonformen
in grosser Auswahl besonders preiswert.
Verkauf en gros und en detail.
Grösstes Spezialunternehmen am Platze für die
Umarbeitung aller Art Hüte
nach neuesten Formen.
Vorzügl. Panama- und Strohhutwäsche sowie Bleiche. fachmännische Ausführung: hydraulisch gepresst.

Neu eingetroffen:
„Der Bolschewismus und seine Lehren“
von Hans Vorst.
Preis: 25 Pfennig.
Buchhandlung der „Volksstimme“.

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Bettstellen, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt 2080
R. Sachse, Hohenstaufenstr. 1, Rückgebäude Eck. 1.

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden können sich alle selddienstfähigen, moralisch einwandfreien Männer als

Freiwillige

melden. In Betracht kommen militärisch Ausgebildete des Jahrgangs 1900 und ältere, sowie unausgebildete des Jahrgangs 99 und älter.

Im Korpsbereich werden Freiwilligen-Verbände mit Vertrauensleuten bei

jedem Truppenteil

aufgestellt. Alle Waffengattungen (Infanterie, M.-G.-Schützen, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Minenwerfer, Nachrichtentruppen, Flieger, Kraftfahrer, Eisenbahner, Sanitäts-Personal und Train) werden benötigt.

Wünsche auf Einstellung bei einem bestimmten Truppenteil mit Kameraden und Freunden zusammen werden möglichst berücksichtigt.

Die Freiwilligen-Verbände sollen den Stamm für die zu gründende

Reichswehr

bilden und die Überlieferung der alten, ruhmreichen Regimenter usw. fortpflanzen. Wer also treu an seinem alten Truppenteil hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland geblutet hat, der melde sich in erster Linie.

Vorläufig gelten dieselben Bedingungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Alle Truppenteile, Garnison- oder Bezirkskommandos geben weitere Auskunft. Militärpapiere sind mitzubringen.

Der kommandierende General d. IV. A. K.
v. Pleitz.

Der Zentralsoldatenrat des IV. A. K.
Rad.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190407-11/fragment/page=0004